

Antrag der Partei LINKS zur Sperrmüllsammlung



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigitteau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, zumindest bis zur (Wieder-)Eröffnung eines Mistplatzes im 2. oder 20. Bezirk eine regelmäßige Sperrmüllsammlung in der Brigitteau zu organisieren.

Begründung

Seit 2020 ist der Mistplatz Innstraße geschlossen, zur großen Frustration der Bezirksbevölkerung. Die neu gestalteten Mistplätze in den Außenbezirken sind autogerecht designet. Im innerstädtischen Bereich wie der Brigitteau hat der Mehrheit der Bevölkerung allerdings kein Kfz. Die Entsorgung von Sperrmüll in den nächstgelegenen Mistplatz im 19. oder 22. Bezirk ist deshalb vielen Bezirksbewohner*innen schwer oder unmöglich, das Mieten eines Kfz teuer, ein Führerschein oft nicht vorhanden, die gern genutzten Transporte mit Straßenbahn oder Lastenrad in die Dresdnerstraße in die bestehenden Mistplätze so nicht mehr möglich. Individuelle Kfz-Fahrten in den Nachbarbezirk zusätzlich zur Fahrt zum Ausleihen und Zurückbringen des Kfz bedeuten einen großen Zeit-, Kosten- und CO2-Aufwand. Daher wird oft Sperrmüll auf der Straße abgestellt, in Gstettn illegal abgelagert, zu Teil verbleibt er in den Wohnungen und Kellern.

Mehrere Bezirke und Magistratsabteilungen sind seit 5 Jahren damit beschäftigt, über mögliche Standorte zu diskutieren, anstatt den Mistplatz Dresdnerstraße wieder zu eröffnen. Eine baldmöglichst von der Stadt zentral organisierte regelmäßige Abholung von Sperrmüll wäre für die Bezirksbevölkerung eine große Entlastung und könnte bei Erfolg auch weitergeführt werden, sowie als Pilotprojekt für andere innerstädtische Bezirke dienen.

Stefan Ohrhallinger

Hannah Knust

Klub der Neuen Volkspartei Brigittenau
Bezirksrätinnen und Bezirksräte
Jägerstr. 3 /1200 Wien

**Die Wiener
Volkspartei**
Brigittenau

Antrag

Der Bezirkäratin Eveline Krottendorfer zur Errichtung einer Hundezone in der Brigittenau

An die
Frau Bezirksvorsteherin
Christine Dubravac-Widholm
Brigittaplatz 10, 2. Stock, Zi. 227
1200 Wien

Die unterfertigte Bezirkäratin der Wiener Volkspartei Brigittenau stellt gem. § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung vom 25.Juni 2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer Hundezone mit Einzäunung und Hundetränke an folgenden Standorten zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

- .) Brigittapark
- .) auf den Grünflächen angrenzend an den Gemeindebauten zwischen Jägerstrasse und Hannovermarkt

Um Zuweisung an die zuständige Kommission wird ersucht.

Begründung

In unserer schönen Brigittenau gibt es derzeit neun Hundezonen, die sich jedoch überwiegend im Gebiet zwischen dem Handelskai und der Dresdnerstraße befinden. Dies liegt mitunter auch am begrenzten Angebot an Grünflächen in anderen Teilen des Bezirks. Im Bereich der im Antrag genannten Flächen bestünde jedoch noch Potenzial für die Errichtung einer weiteren Hundezone.

Die SPÖ Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgenden

Antrag

Einrichtung einer Gegenverkehrsstrecke in der Pasettistraße

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien um die Einrichtung einer Gegenverkehrsstrecke in der Pasettistraße zwischen der Ausfahrt des ÖAMTC-Stützpunkts (Pasettistraße 96–98) und der Kreuzung mit der Innstraße, um eine direkte Ausfahrt auf die Innstraße zu ermöglichen und den lokalen Verkehr spürbar zu entlasten.

Begründung:

Der betroffene Abschnitt der Pasettistraße wird aktuell als Einbahn geführt, sodass ausfahrende Fahrzeuge vom ÖAMTC-Stützpunkt Pasettistraße 96–98, 1200 Wien den gesamten Häuserblock umfahren müssen, um zur Innstraße zu gelangen. Dieser Umweg verursacht zusätzliches Verkehrsaufkommen, längere Fahrwege und vermeidbare Emissionen.

Eine Gegenverkehrsstrecke in diesem Bereich würde eine direkte Ausfahrt auf die Innstraße ermöglichen und die erzwungene Umfahrung entfällt. Dies führt zu einem effizienteren Verkehrsfluss, reduziert den lokalen Verkehr, verringert Umweltbelastungen und verbessert die Aufenthaltsqualität im Grätzl. Solch eine gezielte Anpassung entspricht modernen Mobilitätszielen und stärkt nachhaltig die Lebensqualität in der Brigittenau.

Die SPÖ Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 17.09.2025 folgenden

Antrag

Sicherung der Straßenbahnbanbindung am Friedrich-Engels-Platz

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien, die Erschließung der Haltestelle Friedrich-Engels-Platz so sicherzustellen, dass diese auch künftig durch drei Straßenbahnlinien angebunden ist.

Begründung:

Seit der Inbetriebnahme der neuen Straßenbahnlinie 12 am 1. September 2025 deckt sich deren Streckenführung weitgehend mit jener der Linie 33. Dadurch wird der 33er zunehmend nur noch als „Verstärkerlinie“ betrachtet. Eine ersatzlose Einstellung der Linie hätte gravierende Folgen für die Bewohner:innen im 20. Bezirk.

Die Linie 12 ist zweifellos ein wichtiger Meilenstein für den öffentlichen Verkehr in Wien: Sie schafft neue Querverbindungen, verkürzt Fahrzeiten und entlastet bestehende Linien. Dennoch weist die aktuelle Linienführung eine entscheidende Lücke auf: Die wichtige Haltestelle Friedrich-Engels-Platz wird nicht bedient. Gerade dort befindet sich ein zentraler Verkehrsknotenpunkt, an dem Bus- und Straßenbahnlinien zusammentreffen. Ohne diese Einbindung droht ein Mobilitätsdefizit für zahlreiche (lt. Wiener Linien handelt es sich um einen Einzugsbereich von rund 38.000 Personen) Anrainer:innen, Schüler:innen und Beschäftigte, die auf schnelle und verlässliche Verbindungen angewiesen sind.

Eine mögliche Alternative bestünde darin, die Linie 12 ab Höchstädtplatz mit einer zusätzlichen Schleife zum Friedrich-Engels-Platz zu führen. Die Station würde direkt ins Netz der neuen Linie eingebunden, ohne dass bestehende Verbindungen verloren gingen. Durch eine solche Anpassung könnte der Erhalt einer eigenen Verstärkerlinie entfallen, gleichzeitig aber das volle Angebot für die Fahrgäste gesichert bleiben.

Eine zukunftsorientierte Verkehrsplanung muss sicherstellen, dass der Friedrich-Engels-Platz als zentraler Umsteigeknoten erhalten bleibt und auch künftig von drei Straßenbahnlinien bedient wird. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Brigittenau die vollen Potenziale des ÖPNV-Ausbaus ausschöpfen. Dies steigert die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, reduziert den Individualverkehr, verbessert die Umweltbilanz, erhöht die Lebensqualität und unterstützt die Stadtentwicklung im Sinne einer modernen, klimafreundlichen Mobilität.



Die unterzeichnende Bezirksrätin der FPÖ Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, dass an Orten wiederkehrender Rattensichtung Schädlingsbekämpfer zum Einsatz kommen bzw. beauftragt werden.

Begründung:

Am Beispiel Litfassssäule neben Station 37A/Brigittenauer Passage, wo bereits mehrmals Rattenlöcher festgestellt wurden, welche von der MA42 ordnungsgemäß immer wieder mit Erdreich zugeschüttet wurden. Mit dem Ergebnis, dass binnen kürzester Zeit neue Rattenlöcher sichtbar wurden. Offensichtlich ist der Rattenbau bereits so stark im Boden verzweigt, dass ein Zuschütten der Löcher als sinnlos erachtet werden kann und kaum eine Eindämmung der Rattenplage zur Folge hat.

Gertrude Tickert



Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Brigittenau stellen gemäß § 24 Abs. 1 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 17.09.2025 folgenden

Antrag:

Betreff: Überprüfung von der öffentlichen Beleuchtung der Brigittenau

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Straßenbeleuchtung beziehungsweise die öffentliche Beleuchtung insgesamt in der Brigittenau zu überprüfen und zu verstärken.

Begründung:

Die Straßenbeleuchtung in der Brigittenau ist derzeit nicht ausreichend. Dies führt einerseits zu mehr Unfällen, verschlechtert aber vor allem das subjektive Sicherheitsgefühl und lockt außerdem mögliche Straftäter an. Insbesondere viele Frauen fühlen sich in der Nacht unsicher. Als Politik ist es unsere Aufgabe für die Sicherheit und das Wohlbefinden der Einwohner zu sorgen.

Moritz Greiner

Laurenz Barth



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **17. September 2025** folgenden

ANTRAG

Für einen sicheren Schulvorplatz in der Dietmayergasse

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, eine Erweiterung des Schulvorplatzes beim Schuleingang Dietmayergasse gemeinsam mit Vertreter:innen der Einrichtungen (Eltern, Pädagog:innen, Schüler:innen), Anrainer:innen und gegebenenfalls externen Expert:innen zu planen.

BEGRÜNDUNG

Schüler:innen, Eltern und Pädagog:innen quetschen sich jeden Schultag vor dem Ein- und Ausgang des Bildungscampus Dietmayergasse auf dem Gehsteig.

Kinder alleine in die Schule gehen zu lassen, ist vielen Eltern aufgrund der unübersichtlichen Straßensituation vor der Schule zu unsicher.

Damit auch der moderne Schulcampus einen modernen Schulvorplatz bekommt, sollten daher folgende Maßnahmen geprüft und durchgeführt werden.

Um einen sicheren und übersichtlichen Schulzugang zu schaffen, braucht es mehr Platz vor der Schule.

Eine Möglichkeit wäre, die Fahrspur von der Schule weg zu schwenken und die Parkplätze rund um den Schuleingang in einen Schulvorplatz einzubeziehen.

Verkehrsberuhigungen, wie Temporeduktion oder die Schaffung einer Wohnstraße wären ein weiterer Baustein für die Sicherheit der Kinder. Damit einhergehend braucht es – wie wir aus den Erfahrungen Othmargasse wissen – eine entsprechende Umgestaltung der Straße durch Straßenerhöhungen.

Bis zur Umsetzung eines neuen Schulvorplatzes soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, vor der Bildungseinrichtung, eine Schulstraße als Übergangslösungen zu verordnen.

Die Planungsvorschläge inkl. Kostenschätzungen sollen der Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Behandlung vorgelegt werden.

KPÖ Wien - Brigittenau
Raffaelgasse 1a
1200 Wien
brigittenau@kpoe.at
0678/7830832



Antrag maximalen Anteil Gastronomie am Hannovermarkt beschränken

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der KPÖ Brigittenau stellen gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 17.09.2025 folgenden **Antrag**:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den maximal zulässigen Anteil an Fläche der ständig zugewiesenen verbauten Flächen für Gastronomiebetriebe (*laut §4 Abs.3 und § 6 Abs. 1 lit. a Marktordnung idgF*) am Hannovermarkt auf 23% festzulegen.

Begründung:

Bei der Festlegung des maximalen Anteils an Gastronomiefläche am Markt gibt es die Möglichkeit nach §4 Abs. 3 *Marktordnung idgF* die Einkaufsbedürfnisse der Bezirksbevölkerung zu berücksichtigen. Wer den Hannovermarkt kennt, weiß, dass das derzeitige günstige Lebensmittelangebot gut angenommen wird. Die NEOS haben im Zuge ihrer Vorstellung potenzieller Umgestaltungspläne für den Hannovermarkt auch zusätzliche gastronomische Angebote vorgeschlagen. Aber mehr tendenziell teurere Gastronomie würde zulasten des leistbaren Angebots gehen und nicht den Bedürfnissen der Brigittenerinnen und Brigittener entsprechen. Maximal zulässig sind am Hannovermarkt laut Marktordnung 2018 Anlage 1, Punkt 16 derzeit 33% an gastronomisch genutzter Fläche. Der tatsächliche Anteil liegt derzeit bei 21,8% (Abbildung 1). Ein steigender Anteil an Gastronomie ist einer der Treiber von Gentrifizierung. Damit der Hannovermarkt nicht den Charakter eines Volkertmarkts oder Naschmarkts bekommt, soll präventiv der maximal zulässige Anteil an Gastronomiebetrieben auf den real am Markt bestehenden Anteil inklusive eines geringen Toleranzprozentsatzes begrenzt werden.

Nathalie Burkowski

Matthias Kaltenböck

Kommunistische Partei Österreichs

brigittenau@kpoe.at

Wien - Brigittenau

wien.kpoe.at

KPÖ Wien - Brigittenau
Raffaelgasse 1a
1200 Wien
brigittenau@kpoe.at
0678/7830832



M A G I S T R A T
D E R S T A D T W I E N

Spittelauer Lände 45
1090 Wien
Telefon +43 1 4000 8090
Fax +43 1 4000 9959210
post@ma59.wien.gv.at
www.marktamt.wien.at

MA 59- 1156305-2025-16
IFG-Anfrage Hannovermarkt

Wien, 10.09.2025

Sehr geehrte Herr Kaltenböck,

die Stadt Wien ist bei der Beantwortung von Anträgen auf Informationszugang stets bestrebt, größtmögliche Transparenz walten zu lassen und diese umfassend zu beantworten.

Auf ihre Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz vom 09.09.2025 betreffend die Anteile an Gastronomie bzw. Lebensmittelhandel mit Nebenrechten am Hannovermarkt, dürfen wir Ihnen wie folgt antworten:

Laut Marktordnung 2018 idgF sind folgende maximal zulässigen Anteile für den Hannovermarkt festgelegt:

- Gastronomie: 33 %
- Lebensmittelhandel mit Nebenrechten: 37 %

Derzeit werden die Anteile am Hannovermarkt wie folgt erfüllt:

- Gastronomie: 21,8 %
- Lebensmittelhandel mit Nebenrechten: 17,6 %

Die Anteile beziehen sich auf die ständig zugewiesene verbaute Fläche des Detailmarktes.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Abteilungsleiter

Abbildung 1: Anfragebeantwortung MA59

Antrag Soziale Verträglichkeit Hannovermarkt Umgestaltung prüfen

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der KPÖ Brigittenau stellen gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 17.09.2025 folgenden **Antrag**:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die soziale Verträglichkeit eines Umbaus und einer Umgestaltung des Hannovermarkts zu überprüfen. Als Grundlage dafür sollen die von den NEOS verbreiteten und im Zuge der Langen Nacht der Märkte am 29.08 präsentierten Pläne und Ideen herangezogen werden. Diese umfassen insbesondere eine Überdachung der freien Marktflächen, die Schaffung neuer Aufenthaltsbereiche inklusive Sitzmöglichkeiten, zusätzliche Bepflanzung durch Bäume und Begrünung, erweiterte gastronomische Angebote durch ein Café, Freiflächen für kulturelle Veranstaltungen, ein Wasserspiel sowie einen Minispielplatz und den möglichen Wegfall des Parkplatzes im Norden des Marktes. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Auswirkungen einer Umgestaltung auf das Warenangebot, die Preisgestaltung am Markt und die Mietpreisentwicklung in der direkten Umgebung des Marktes gelegt werden. Sollte eine direkte Überprüfung durch die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien nicht möglich sein, soll die Erstellung einer Studie zur sozialen Verträglichkeit eines Umbaus des Hannovermarkts - inklusive einer Kostenschätzung geprüft werden. In beiden Fällen sollen die Ergebnisse der Überprüfung der Kommission für Miteinander, Soziales und Zivilschutz zur weiteren Diskussion und Bearbeitung vorgelegt werden.

Begründung:

Im Rahmen der Langen Nacht der Märkte wurden von den NEOS ihre Umgestaltungspläne für den Hannovermarkt der Öffentlichkeit präsentiert.¹ Wir sehen darin einen Angriff auf den Hannovermarkt als einen echten und derzeit noch leistbaren Markt. Anstatt günstigem Obst, Gemüse und Fleisch soll nach den Vorstellungen der NEOS bald Bio-Weiderind, Feinkostkäse und touristische Szenegastronomie den Markt dominieren. Andere Märkte wie der Meidlinger Markt² verdeutlichen, dass eine Umgestaltung, mehr kulturelle Veranstaltungen, mehr Gastronomie und ein verändertes

¹ https://wien.neos.eu/bezirke/brigittenau/dein-hannovermarkt-der-zukunft?utm_campaign=Fazit%20der%20Hannovermarkt-Umfrage&utm_medium=CampaignMail&utm_source=Cambuildr

² <https://www.derstandard.at/story/2000133535134/aus-prolo-wird-bobo-gibt-es-rund-um-den-meidlinger>

KPÖ Wien - Brigittenau
Raffaelgasse 1a
1200 Wien
brigittenau@kpoe.at
0678/7830832



Angebot nicht nur zu einer Teuerung am Markt selbst, sondern auch zu steigenden Mieten rund um den Markt führen. Wir wollen daher, dass der Vorstoß zur Umgestaltung zum Anlass genommen wird, die soziale Verträglichkeit und die Auswirkungen einer etwaigen Umgestaltung auf die Bevölkerung im Bezirk genau zu prüfen. Dadurch soll verhindert werden, dass blindlings durch zukünftige Beschlussfassungen von angeblichen Verbesserungen eine schlechende Gentrifizierung den Markt und seine Umgebung ergreift. Der Markt darf sich nicht entgegen den Interessen der Brigittenauerinnen und Brigittenauer zum Negativen verändern, sondern muss ein echter Markt bleiben.

Nathalie Burkowski

Matthias Kaltenböck

Kommunistische Partei Österreichs

brigittenau@kpoe.at

Wien - Brigittenau

wien.kpoe.at

Antrag Verstärkte Reinigung der Brigittenau

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der KPÖ Brigittenau stellen gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 17.09.2025 folgenden **Antrag**:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, ein Konzept einschließlich Kostenschätzung zur verstärkten Reinigung und Sauberhaltung des öffentlichen Raums in der Brigittenau zu erstellen. Ein Fokus soll dabei auf besonders vermüllte Orte gelegt werden. Das sind bekanntermaßen unter anderem die Gegenden auf und rund um die U-Bahnstation Jägerstraße und die Jägerstraße selbst, den Hannovermarkt, die S-Bahn-Station Handelskai und die Engerthstraße, den Friedrich-Engels-Platz, die Adalbert Stifter Straße, den Sachsenpark und den Allerheiligenpark. Die Ergebnisse der Konzeption und Kostenschätzung einer verstärkten Reinigung sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Diskussion vorgelegt werden.

Begründung:

Uns ist eine saubere Brigittenau ein großes Anliegen und mit unseren monatlichen Müllsammelaktionen leisten wir auch selbst einen kleinen Beitrag dazu. Das allein reicht jedoch nicht aus, den Bezirk davor zu bewahren, immer mehr im Müll zu versinken. Trotz zahlreicher Beschwerden aus der Bevölkerung über eine zunehmende Vermüllung des Bezirks hat sich bis jetzt keine grundlegende Besserung gezeigt. Wir fordern daher die Erstellung eines Konzepts zur verstärkten Reinigung des Bezirks, mit besonderem Fokus auf die bekannten Hotspots. Dies kann nur in enger Abstimmung der verschiedenen Stellen, die mit der Reinigung der öffentlichen Flächen betraut sind, erfolgen und sollte auch von diesen erarbeitet werden. Projekte wie der verstärkte Einsatz der Waste Watcher mögen einzelne Erfolge aufweisen können, doch zugleich scheinen die bisherigen Versuche nicht ausreichend zu sein - wie man am Zustand der Brigittenau deutlich sieht.

Nathalie Burkowski

Matthias Kaltenböck

**Antrag der Partei LINKS zum Bauprojekt
Nordwestbahnstraße 53-59**



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigitteau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die mit dem Projektwerber im städtebaulichen Vertrag zum Grundstück Nordwestbahnstraße 53-59 vereinbarten Leistungen, u.a. die Errichtung eines Kindergartens, sicherzustellen, und Möglichkeiten zu prüfen, wie an diesem Grundstück eine langjährige Brachfläche vermieden bzw. die Errichtung möglichst viel leistungsfähigen Wohnraums realisiert werden kann..

Begründung

Im März 2022 schloss die Stadt Wien mit der EEI Alpha Liegenschaftsverwertungs GmbH & Co KG einen städtebaulichen Vertrag über die Entwicklung des Grundstücks an der Nordwestbahnstraße 53-59 (EZ 5412, GSt. Nr 3212/1 KG 01620 Brigitteau). Auf diesem ehemaligen Gelände eines Autohauses, in unmittelbarer Nähe zum neuen Stadtviertel Nordwestbahnhof, sollte ein Wohnprojekt entwickelt werden; laut öffentlicher Präsentation sollte das Projekt von JP Immobilien und SÜBA entwickelt werden. Gleichzeitig wurde vom Wiener Gemeinderat der damalige Bebauungsplan von Bauklasse I auf Bauklassen umgeändert, die eine viel höhere Bebauung erlauben - an der höchsten Stelle bis zu 34,50 m. Bedauerlicherweise wurde auch die Ausweisung für Gebiete des geförderten Wohnbaus, mit der leistungsfähigen Wohnen sichergestellt wird soll, nur mit 50% - statt der medial oft angekündigten 66% - festgelegt.

Im städtebaulichen Vertrag verpflichtet sich der Vertragspartner der Stadt Wien ua zur Errichtung eines Kindergartens und grüner Infrastruktur. Er verpflichtete sich außerdem zur Neugestaltung der Adolf-Gstöttner-Gasse.

Nun ist die SÜBA AG insolvent bzw in einem Sanierungsverfahren. Es ist unsicher, wie es mit diesem Projekt weitergeht. Das alte Autohaus wurde 2023 abgerissen, weitere Bauvorbereitungen wurden soweit von außen ersichtlich noch nicht vorgenommen. Nun liegt die Fläche brach. Es ist entweder zu befürchten, dass das Grundstück nun über weitere Jahre brach liegt; oder dass der jetzige Eigentümer, die AGX Projekterrichtungs GmbH, eine Tochter der SÜBA AG, ebenfalls insolvent wird; ein mögliches Szenario ist dann, dass das Grundstück aus der Konkursmasse gekauft wird, der neue Eigentümer dann zwar bessere

Bebauungsmöglichkeiten in der Widmung vorfindet, aber gleichzeitig nicht an die Leistungen aus dem städtebaulichen Vertrag gebunden ist.

Die Stadt Wien soll daher 1) sicherstellen, dass die vereinbarten Leistungen unabhängig von Insolvenz oder der jeweiligen Eigentümerschaft realisiert werden. Ansonsten könnten die Kosten für die Errichtung des Kindergartens oder der Infrastruktur erst recht bei der Stadt bleiben, während zukünftige Eigentümer:innen den Widmungsgewinn einstreichen.

Außerdem soll sie 2) Möglichkeiten prüfen, wie ein langjähriger Zustand des Grundstücks als Brachfläche vermieden und leistbarer Wohnraum ehestmöglichst realisiert werden kann. Hier soll auch eine Erhöhung des Anteils von leistbaren Wohnraum geprüft werden.

Dieses Grundstück befindet sich beim Nordwestbahnhofgelände und ist damit in zentraler Lage für das neue Stadtentwicklungsgebiet.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

**Antrag der Partei LINKS zur Durchfahrtssperre
Othmargasse**



Die unterzeichnenden Bezirksräti*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Wohnstraße Othmargasse die Errichtung einer Durchfahrtssperre für Kfz zwischen Hannovergasse und Jägerstraße zu prüfen.

Begründung

Die Othmargasse wurde im Block zwischen Hannovergasse und Jägerstraße aufgrund von vielen Beschwerden von Anrainer*innen wegen vieler durchfahrender Kfz zu einer Wohnstraße umgewidmet. Dadurch hat allerdings nicht die gewünschte Verkehrsberuhigung resultiert.

Eine Wohnstraße ist laut StVO dazu vorgesehen, sich auf der Fahrbahn aufzuhalten zu können und nur bei Bedarf Fahrzeuge passieren zu lassen, damit z.B. Kinder dort spielen können, wie auch aus dem Schild „Wohnstraße“ sichtbar ist. Kraftfahrzeuge dürfen eine Wohnstraße nicht durchfahren. Da dies aber regelmäßig passiert und durch Maßnahmen wie Verkehrskontrollen nicht behebbar ist, ist es zweckmäßig, Kfz mittels eines modalen Filters physisch an der verbotenen Durchfahrt zu hindern.

Diese Durchfahrtssperre kann durch Poller, oder besser noch durch große Pflanztröge mit Bäumen oder Sträuchern errichtet werden, verbunden mit einem Wendehammer auf beiden Seiten der Sperre, falls diese nicht an einem der beiden Enden des Straßenblocks eingerichtet wird. Ein Beispiel dafür mit Pollern wurde in der Wehlistraße im 2. Bezirk beim Mexikoplatz errichtet.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

**Antrag der Partei LINKS zu Erinnerungstafel
Zwangsarbeiter*innenlager**



Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Installation einer Erinnerungstafel für das Zwangsarbeiter*innenlager in der Nordwestbahnstraße 53 zu prüfen.

Begründung

In der Nordwestbahnstraße 53 – derzeit nicht bebaut, da das dort befindliche Autohaus abgerissen wurde - befand sich in den Jahren 1942-45 ein Lager für griechische Zwangsarbeiter*innen [1], die mutmaßlich beim Bau der Flaktürme im Augarten eingesetzt wurden. Nach einer genauen historischen Abklärung der Umstände können diese auf der Erinnerungstafel beschrieben werden, um das Lager nicht zu vergessen.

[1]

https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Zwangsarbeiterlager_Nordwestbahnstra%C3%9Fe_53

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

Antrag der Partei LINKS zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen am Wallensteinplatz & Jägerstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, Fahrradabstellanlagen am Wallensteinplatz / Ecke Jägerstraße sowie in der Jägerstraße zwischen der Hausnummer 26 und 30 zu errichten.

Begründung

Im Bereich Wallensteinplatz / Ecke Jägerstraße sowie in der Jägerstraße zwischen den Hausnummern 26 und 30 zeigt sich ein klarer Mangel an geeigneten Fahrradabstellanlagen. Gerade rund um den Wallensteinplatz, wo sich viele Gastronomiebetriebe und belebte öffentliche Orte befinden, ist der Bedarf hoch – Fahrräder werden mangels Alternativen zunehmend an Zäunen, Verkehrszeichen oder anderen nicht vorgesehenen Stellen abgestellt. Das verdeutlicht, dass die bestehende Infrastruktur nicht den realen Mobilitätsbedürfnissen der Anrainer*innen und Besucher*innen entspricht.

Eine faire, nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklung braucht gut ausgebauten, niedrigschwellige Radinfrastruktur. Sichere und ausreichend vorhandene Abstellmöglichkeiten sind ein zentraler Bestandteil davon und fördern umweltfreundliche Mobilität, die allen zugänglich ist – unabhängig vom Einkommen oder Besitz eines Autos.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

Antrag der Partei LINKS zur Errichtung von orangen Gewaltschutzbänken und Radabstellanlagen

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Telefonnummern von Hilfsorganisationen für Gewaltschutz auf Sitzbänken und Radabstellanlagen in der Brigittenau anzubringen.

Begründung

Gewalt gegen Frauen und FLINTA*-Personen ist Ausdruck patriarchaler Strukturen. In Österreich ist fast jede vierte Frau von körperlicher und/oder sexueller Gewalt betroffen¹. Fälle wie Anfang November 2024, als eine Frau in der Brigittenau mitten auf offener Straße von ihrem Partner brutal geschlagen und gewürgt wurde², und Anfang 2025, als bekannt wurde, dass eine Frau von ihrem Partner jahrelang misshandelt wurde³, verdeutlichen eindrücklich, wie wichtig das Thema auch in unserem Bezirk ist.

Das Anbringen von Telefonnummern auf Sitzbänken und Radabstellanlagen ist eine einfache, aber wirksame feministische Intervention. Es macht Hilfsangebote wie die Frauenhelpline (0800 222 555), den 24-Stunden Frauennotruf Wien (01 71 71 9) und die Männerberatung (01 6032828) im Alltag sichtbar. In Hietzing gibt es bereits eine solche Gewaltschutzbank⁴.



Abbildung 1: Gewaltschutzbank in Hietzing.

¹ Statistik Austria (2023): Gewalt gegen Frauen. Abrufbar unter: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/kriminalitaet-und-sicherheit/gewalt-gegen-frauen>

² Frau auf offener Straße geschlagen und gewürgt, Mein Bezirk vom 4. Jänner 2024. https://www.meinbezirk.at/brigittenau/c-lokales/frau-auf-offener-strasse-geschlagen-und-gewuergt_a6987788

³ Frau in der Brigittenau jahrelang geschlagen und bedroht, Mein Bezirk vom 7. Jänner 2025. Abrufbar unter:

https://www.meinbezirk.at/brigittenau/c-lokales/frau-in-der-brigittenau-jahrelang-geschlagen-und-bedroht_a7090018

⁴ https://www.meinbezirk.at/hietzing/c-politik/orange-parkbank-als-leuchtendes-zeichen-gegen-gewalt_a7017882

Kein Platz für Gewalt an Frauen* und Mädchen*

Frauenhelpline: 0800 222 555, 24-Stunden Frauennotruf: 01 71 71 9

Männerberatung: 01 6032828

Abbildung 2: Möglichkeit
Gestaltung Aufkleber/Plakete
für Radbügel

Diese Maßnahmen sind mehr als Symbolik: Sie sind ein klares Bekenntnis gegen patriarchale Gewalt und für das Recht auf Sicherheit.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

Antrag der Partei LINKS zu Grätzlladezonen



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigitteau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, Grätzlladezonen in der Brigitteau gemäß des Ergebnisses des Ladezonenrechners der TU Wien einzurichten.

Begründung

Lieferfahrzeuge finden oft keine Ladezone in der Nähe oder einen anderen legalen Parkplatz für die Dauer der Ladetätigkeit, Privatpersonen dürfen nicht in einer Ladezone halten. Als Konsequenz stehen diese Fahrzeuge oft – und illegal – in zweiter Reihe, auf Gehsteigen oder Radwegen und blockieren dadurch den Fließverkehr.

Seit Mai 2025 ist es möglich, Grätzlladezonen in Wien einzurichten. In diesen Zonen darf für bis zu 10 Minuten Ladetätigkeit durchgeführt oder gehalten werden, auch von Privatpersonen, anders als Ladezonen, die nur von und bei Betrieben beantragt werden können. Diese Grätzlladezonen können Montag bis Freitag (werktag) von 7.00 bis 19.00, samstags von 7.00 bis 13.00 Uhr solcherart verwendet werden. Außerhalb dieser Zeiten kann die Zone unter Berücksichtigung der Kurzparkzonenregelung zum Parken genutzt werden.

Die TU Wien hat in einem Forschungsprojekt gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien einen Ladezonenrechner entwickelt [1], bei dem ein Algorithmus anhand der jeweiligen Umgebung berechnet, wo exakt und in welcher Länge eine Ladezone benötigt wird.

[1] <https://www.tuwien.at/ar/move/forschung/laufende-projekte/ladezonenrechner>

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

**Antrag der Partei LINKS zum Linksabbiegen für den
Radverkehr an der Kreuzung Klosterneuburger
Straße/Gaußplatz**



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brüderlichkeit Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, an der Kreuzung Klosterneuburger Straße/Gaußplatz eine Zusatztafel "ausgenommen Radfahrende" anzubringen, um das Linksabbiegen auf den Gaußplatz für den Radverkehr zu ermöglichen.

Begründung

Der Radverkehr ist eine der günstigsten, schnellsten, klimaschonendsten, gesündesten und leisesten Fortbewegungsarten in Großstädten. Die Stadt Wien bekennt sich folgerichtig seit vielen Jahren zu dessen Ausbau.

Alle Menschen, die Fahrräder nutzen wollen, sollen dies möglichst einfach tun können bzw. dabei gefördert werden. Damit Radfahren in unserem Bezirk so angenehm wie möglich ist, müssen daher auch alle Wege, die Radfahrende zurücklegen, möglichst attraktiv gestaltet werden.

Der Gaußplatz ist für Radfahrende besonders umständlich zu befahren und hätte sich mittelfristig ohnehin eine größere Umgestaltung verdient. Als Sofortmaßnahme würde das beantragte Zusatzschild aber zumindest den Radverkehr vom Augarten an den Donaukanal und in die Treustraße (und weiter Richtung Brüderlichkeit Brigittenauer Bad und Spittelau) vereinfachen und den Radfahrenden viele Umwege ersparen.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

**Antrag der Partei LINKS zum Radweg
Durchlaufstraße**



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Radverkehrsanlage in der Durchlaufstraße über die Hellwagstraße bis zur Donaueschingenstraße fortzusetzen.

Begründung

Der Radweg in der Durchlaufstraße endet bei der Kreuzung Passetistraße/Hellwagstraße. Durch die Erweiterung der Radverkehrsanlage bis zur Donaueschingenstraße, z.B. der Verordnung von Radfahren gegen die Einbahn, kann die S-Bahn-Station Traisengasse erreicht werden.

Stefan Ohrhallinger

Hannah Knust

Antrag der Partei LINKS zum Radweg Wallensteinstraße



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung eines Radwegs in der Wallensteinstraße zu prüfen.

Begründung

Im April 2024 fand eine Bürger*innenbeteiligung zur Umgestaltung der Wallensteinstraße statt, die unter anderem den starken Wunsch der Bevölkerung nach einem Radweg ergab.

Da 2025 auf der Alserbachstraße ein Zweirichtungsradweg errichtet wird, der vom Gürtel bis zur Friedensbrücke führt, ist es dringend notwendig, die gefährliche Situation für Radfahrende in der Wallensteinstraße zu entschärfen und dort den Radweg fortzusetzen. Bei einem Tempo von 50km/h – oft überschritten – müssen Radfahrende zwischen Straßenbahn(gleisen) und parkenden Autos mit den fahrenden Autos konkurrieren, die sich oft sehr knapp überholen, was bei dem geltenden Überholabstand von mindestens 1.50m innerorts überdies nicht legal möglich ist. Alleine im Jahr 2024 gab es in der westlichen Hälfte der Wallensteinstraße 5 polizeilich gemeldete Kollisionen von Kraftfahrzeugen mit verletzten Radfahrenden, auch durch illegal ohne Nachzusehen geöffnete Autotüren (von insgesamt 16 Kollisionen mit Kraftfahrzeugen).



Bild: Polizeilich gemeldete Kollisionen mit Verletzten im Straßenverkehr 2024

Für eine ideale Erreichbarkeit von lokalen Adressen und Betrieben sind zwei Einrichtungsradwege, auf jeder Seite der Wallensteinstraße auf ihrer gesamten Länge, zweckmäßig. Die Wallensteinstraße ist seit dem letzten Jahrtausend im Hauptradwegenetz der Stadt Wien und bereits 2002 sollte dort ein Radweg gebaut werden.

Da die ursprünglich noch für 2024 angekündigte Umgestaltung der Wallensteinstraße laut Aussage von Stadträtin Sima auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, damit möglicherweise abgesagt ist, ist es dringend erforderlich, den Radweg von dieser Neugestaltung zu entkoppeln.

Die kommende Bebauung des Nordwestbahnhofs mit tausenden Wohnungen wird zu einer weiteren Belastung der Wallensteinstraße und Umgebung mit Kfz führen. Durch die Schaffung sicherer, da baulich getrennter Radwege kann diese Belastung reduziert werden.

Die vier Kfz-Spuren (zwei Parkspuren, je eine Richtungsfahrbahn pro Richtung) auf der Wallensteinstraße ermöglichen es, den reichlich vorhandenen Platz umzuverteilen, um dadurch Radwege zu errichten.

[1] <https://www.statistik.at/atlas/verkehrsunfall/>

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

Antrag der Partei LINKS zur Verbesserung der Beleuchtungssituation im Anton-Kummerer-Park



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Beleuchtungssituation beim Anton-Kummerer-Park zu verbessern.

Begründung

Der Anton-Kummerer-Park ist ein wichtiger Ort in der Brigittenau, wo Kinder spielen und Familien aus beengten Wohnungen Erholung finden können. Besonders in Zeiten von Hitzesommern ist der Park am Abend ein zentraler Treffpunkt. Doch genau dann fühlen sich viele Menschen aufgrund der schlechten Beleuchtung unsicher. Vor allem FLINTA*-Personen meiden den Park, und für Kinder wird der Spielraum dadurch faktisch eingeschränkt.

Es ist nicht akzeptabel, dass Straßen für den Autoverkehr hell erleuchtet sind, während ein öffentlicher Park, in dem Menschen ihre Freizeit verbringen und Kinder spielen, im Dunkeln bleibt.

Eine bessere Beleuchtung des Anton-Kummerer-Parks ist daher mehr als ein technisches Detail: Sie ist ein notwendiger Schritt hin zu sozial gerechter Stadtpolitik, die Sicherheit, Spielraum und Lebensqualität der Menschen über den Autoverkehr stellt.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

An das
Bezirksamt Brigittenau
z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Christine Dubravac-Widholm

Radabstellanlagen Hannovermarkt

Die Bezirksrätin und Bezirksräte der NEOS Brigittenau stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats Wien, die Möglichkeiten für die Errichtung weiteren Radabstellanlagen im Bereich Hannovermarkt zu überprüfen und nach Möglichkeit zu errichten.

Begründung

In einer von NEOS Brigittenau vor kurzem durchgeföhrten Umfrage zur Attraktivierung des Hannovermarktes, sprachen sich über 40 % der Befragten für zusätzliche Radabstellanlagen aus.

Grundsätzlich sollte der gesamte Bereich des Hannovermarktes hinsichtlich neuer Radabstellanlagen evaluiert werden. Ebenso wird die Erweiterung bestehender Standorte begrüßt. Nach Möglichkeit sollte auch das Abstellen von Lastenrädern vorgesehen werden. Als erste Ansatzpunkte könnten u.a. die in Grafik 1 und Grafik 2 (Anlage) gelb markierten Bereiche gelten.

Da im Sinne der veränderten Mobilitätsbedürfnisse und der Nachhaltigkeitsziele der Stadt Wien Radfahren attraktiver gemacht werden soll und im Hinblick auf die Besiedlung des NWB-Geländes, braucht es weitere Radabstellanlagen, u.a. im Bereich Hannovermarkt..

Wien, am 10. Sep. 2025

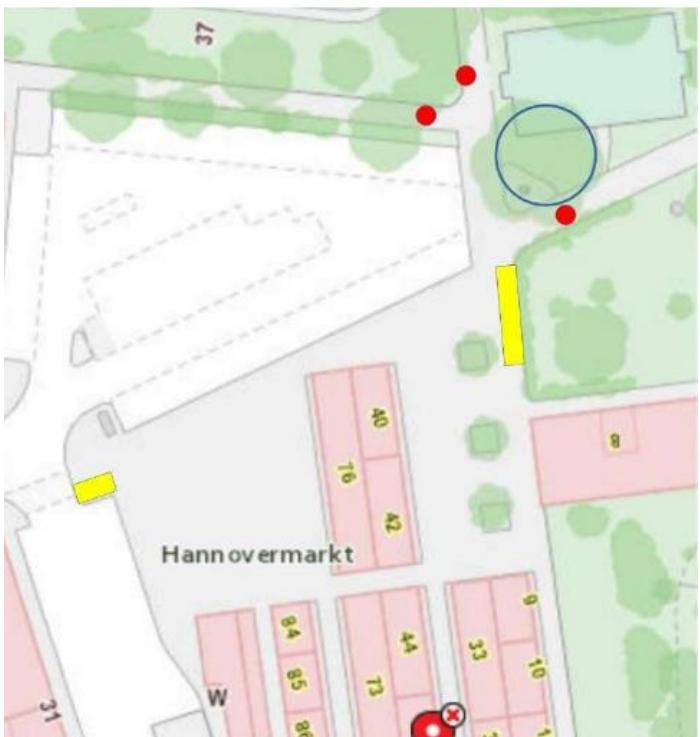
Mag. Thomas Zimmermann

Mag. Petra Schittler

Robert Mahrhofer

Tobias Leitner

Anlage:



Grafik 1



Grafik 2

An das
Bezirksamt Brigittenau
z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Christine Dubravac-Widholm

Zusätzliche Sitzgelegenheiten am Hannovermarkt

Die Bezirksrätin und Bezirksräte der NEOS Brigittenau stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats Wien, die Möglichkeiten für die Errichtung weiteren Sitzgelegenheiten im Bereich Hannovermarkt zu überprüfen und nach Möglichkeit zu realisieren.

Begründung

In einer von NEOS Brigittenau vor kurzem durchgeföhrten Umfrage zur Attraktivierung des Hannovermarktes, sprachen sich nahezu 40 % der Befragten generell für ein größeres Angebot an Sitzgelegenheiten aus. Grundsätzlich sollte der gesamte Bereich des Marktes hinsichtlich zusätzlicher Sitzgelegenheiten evaluiert werden. Ein erster Ansatzpunkt könnte im Bereich des „Gedenksteins-Selbständigkeit Brigittenau“ sein.

Nach Möglichkeit sollten auch beschattete Sitzgelegenheiten und Sitzgelegenheiten mit Tischen vorgesehen werden. Die Erweiterung bestehender Sitzgelegenheiten um Beschattung /Tische erscheint ebenso möglich.

Zusätzliche (beschattete) Sitzgelegenheiten, ev. mit Tischen, erhöhen die Aufenthaltsqualität und tragen zur Attraktivierung des Hannovermarktes bei.

Wien, am 10. Sep. 2025

Mag. Thomas Zimmermann

Mag. Petra Schittler

Robert Mahrhofer

Tobias Leitner